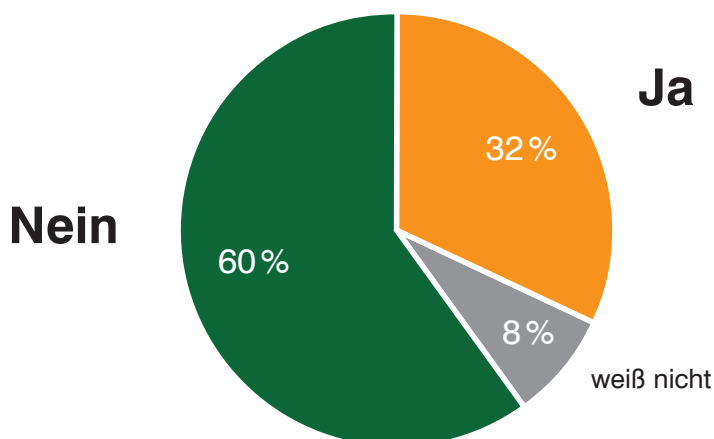

IP-Forsa-Frage

Sollte Deutschland seine Wirtschaftskraft zur Erreichung außenpolitischer Interessen und Ziele einsetzen?



Eine klare Mehrheit (60 Prozent) der repräsentativ befragten Bundesbürger sind dagegen, dass Deutschland seine wirtschaftliche Stärke zur Erreichung außenpolitischer Ziele einsetzt. Knapp ein Drittel (32 Prozent) befürworten dagegen eine solche Instrumentalisierung ökonomischer Macht.

Bemerkenswert ist, dass die Forderung, beispielsweise Handels- und Exportbeschränkungen oder Sanktionen zu verhängen, um außenpolitische Ziele zu erreichen, in der jüngsten Alterskohorte die größte Zustimmung findet. Unter den 18- bis 29-Jährigen spricht sich fast jeder Zweite (48 Prozent) dafür aus, 46 Prozent sind dagegen. Bei den Über-60-Jährigen sind es demgegenüber nur 24 Prozent, die eine solche

„geoökonomische Außenpolitik“ gutheißen (71 Prozent dagegen).

Deutliche Unterschiede fallen auch beim Blick auf die Parteipräferenz auf. Anhänger der FDP (43 Prozent) und der AfD (47 Prozent) befürworten eine solche Politik überproportional stark. Ganz deutlich ist dagegen die Ablehnung unter Wählern der SPD (72 Prozent) und der Grünen (ebenefalls 72 Prozent). Anhänger der Linken (Zustimmung 35 Prozent; Ablehnung 57 Prozent) liegen demgegenüber nahe an den Durchschnittswerten.

Datenbasis: 1.002 Befragte in Deutschland. Erhebungszeitraum: 12. bis 14. Februar 2019. Statistische Fehlertoleranz: + / - 3 Prozentpunkte. Quelle: Forsa